

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten
Verlagsnummer 25241
Nur für Nachrichten: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaligen Versand monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M., halbjährlich 78,- M., jährlich 140,- M. Bei Familienanzahlungen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1 tägliche An- u. Verkäufe 25 % Ermäßigung laut Tarif. Zuverlässige Aufnahme gegen Vorauszahlung. Einzelnnummer 70 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Merkelstraße 88/40.
Druck u. Verlag von Neppach & Reichardt in Dresden.
Telefon-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unserlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Brautausstattungen
Einzelmöbel in allen Preislagen

27 Kamener Straße
Straßenbahnli. 5

J. A. BRUNO
KÖNIG

Kamener Straße 27
Telephon 22667

Feinste Lebertwaren + Damentaschen
Elegantes Reisegepäck

26 Prager Straße

Wolff Mäter

Prager Straße 26

Bücher-Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft

Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Bestätigung der Selbstgestellung Kapps.

Ein Schreiben Kapps auch an die Oberreichsanwaltschaft.

Leipzig, 6. März. Wie die „Sächsische Korrespondenz“ an zuständiger Stelle erfährt, ist heute nachmittag 1/2 Uhr tatsächlich ein Schreiben Kapps bei der Oberreichsanwaltschaft eingegangen, in dem das in den „Dresdner Nachrichten“ mitgeteilte Ersuchen gestellt wird.

Die Berliner Presse zu Kapps Brief an die „Dresdner Nachrichten“.

Berlin, 6. März. Zu dem Schreiben Kapps, das auch von den „Dresdner Nachrichten“ veröffentlicht wurde, denen es auch die Dresdner Korrespondenten der Dresdner Mittagsblätter durchweg entnommen haben, das aber anscheinend gleichzeitig auch an die Berliner Rechtspreffe gerichtet wurde, die es als ihr direkt zugegangen in den Abendblättern bringt, erklärt der „Verl. Post-Anz.“: An der Echtheit dieses Schreibens zu zweifeln, liegt kein Anlaß vor. Von Neuheitswerten abgesehen, entspricht die Besinnung, von der es getragen ist, viel zu sehr dem Charakter des Mannes, mit dessen Namen es unterzeichnet ist, als daß eine Fälschung vermutet zu werden brauchte. Ob eine abermalige Verhandlung des Kapp-Falles dazu führen könne, die Straffrage gegen Herrn v. Jagow ohne formelles Wiederaufnahmeverfahren erneut aufzurufen, darüber scheint die Berliner Presse in irrigen Vorstellungen besungen zu sein. Es ehre ihn ohnehin Zweifel, daß er jetzt für den verurteilten Herrn v. Jagow eintreten will. Soweit die Dinge nun aber mittlerweile geheißen sind, wird er im wesentlichen wohl nur noch für sich selbst eintreten können. Der Verdict, der in Leipzig über die Herren v. Jagow, v. Wangenheim und Schiele zu urteilen hätte, ließ sich lediglich von rechtlichen Gesichtspunkten leiten. Da das Kappunternehmen politisch zu billigen oder auch nur zu entschuldigen sei, ist den damals den hohen Senat nicht im mindesten zu berühren. Herr Kapp wird nicht erwarten dürfen, daß es ihm gelingen werde, den Verdictshof in dieser Beziehung zu anderen Anschauungen zu bewegen.

Die „Post-Anz.“ schreibt: Man könne Kapp am besten charakterisieren als einen phantastischen Krampfepi von ritterlichem Charakter. Besonders kennzeichnend für seinen unverbreiterten Optimismus sei, daß er heute noch immer annehme, er sei das politische Haupt des März-

Unternehmens gewesen, während es doch das Werk der Döberitz-Generäle war, insbesondere des Generals von Lüttich, die Kapp, den sie nicht bloß für ein Temperament und einen christlichen Charakter, sondern auch für einen Vorkämpfer hielten, als Mittel für ihre Zwecke benutzen wollten. Es wäre falsch von der Regierung und dem Reichstage zu erwarten, sich an Bedingungen zu halten, die „General“ Kapp für sein Erscheinen zur Gerichtshofung stelle. Die Hauptfrage sei, daß der Prozeß gegen Kapp zur Verhandlung gelange.

Das „V.L.“ würdigt den hohen persönlichen Mut des Brieffschreibers und sagt: Bekanntlich hat Kapp sich vor dem Richter zu seiner Schuld, dann hätte der Kapp-Fall doch wenigstens einen Teilnehmer gehabt, der, wenn auch erst nach zwei Jahren, den Mut hat, mit seiner Person für seine Tat einzustehen.

„V.L.“ würdigt den hohen persönlichen Mut des Brieffschreibers und sagt: Bekanntlich hat Kapp sich vor dem Richter zu seiner Schuld, dann hätte der Kapp-Fall doch wenigstens einen Teilnehmer gehabt, der, wenn auch erst nach zwei Jahren, den Mut hat, mit seiner Person für seine Tat einzustehen.

Offorientierung und Wirtschafts-Konjunktur.

Zeit vier Wochen ist der bisherige Reisende der deutschen Republik im Auswärtigen Amte inhaftig geworden. Seit Monatsfrist leitet Dr. Rathenau auch offiziell unsere Außenpolitik, nachdem er vorher bereits drei Monate lang auf seinen London-, Paris- und Cannes-Reisen maßgebenden Einfluß auf die deutsche Politik ausgeübt hatte. Und sein Programm? Das er eins hat, möchte man nach viermonatiger Geschäftsführung eigentlich annehmen. Aber wie es aussieht, weiß niemand. Es muß überhaupt recht geheimnisvoll sein, denn als der Minister sich bei Gelegenheiten des deutsch-schweizerischen Schiedsgerichtsvertrages mit einigen verbindlichen Worten dem Reichstage vorstellte, mußte er seinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß der Zeitpunkt für ausführliche Mitteilungen über sein Programm noch nicht gekommen sei! Das ist nach viermonatiger Tätigkeit immerhin recht merkwürdig, widerspricht auch den parlamentarischen Gepflogenheiten anderer Länder — was bei uns allerdings keine Ausnahmeerscheinung ist, weil bei uns der Parlamentarismus des öfteren auf den Kopf gestellt wird. Es fällt schwer, daran zu glauben, daß ein Vorkämpfer weit aussehender Projekte den phantasiebegünstigten Minister schweigen heißt; denn solche Projekte verbietet schon der devote Unterwerfungswille unter die Diktate der Entente. Vielmehr dürfte die im Londoner Treibhaus geschickte und in der warmen Luft der Riviera in Cannes zu hüppiger Blüte emporgeschossene Pflanze des Rathenauischen Optimismus durch den rauhen Frühjahrssturm in Weizsäcker vernichtet worden sein, und was übera geblieben ist, ist zweifellos eine tiefe Matioffizier über das, was jetzt geschehen soll. Der Erfüllungspolitiker in Rathenau sieht mit Sorge nach Paris, der „internationale Finanzmann“ nach London und dem Wirtschaftskonjunktur, und die vernunftmäßige Politik weiß auch Dr. Rathenau getrieben nach Wien. Er hat das aufsteigende auch einzuweichen, — wenigstens kann man das aus den langen Ruhe-land-Veratungen im Auswärtigen Amt zu schließen, — aber der Augenblick erfordert es, daß wir eine zielbewußte aktive Diplomatie treiben, was man mit halbem Herzen schwerlich kann. In der deutschen Außenpolitik zum mindesten wäre ein lazes Programm eine unabwendbare Forderung, die das deutsche Volk an seinen Außenminister stellen muß. Viel ist hier bereits verümt worden. Das haben die französisch-russischen Verhandlungen mit aller Deutlichkeit gezeigt. Und leider sind wir infolge der schwankenden deutschen Haltung den Aufbauteile stehenden russischen Unterhändlern gegenüber, die anfangs ihre größten Hoffnungen auf Deutschland setzten, jetzt bereits in die Reihen derer gedrängt worden, die von Rußland etwas wollen, während wir vorher die Gebenden waren.

Jedes Geschäft mit Rußland ist natürlich auch heute noch ein Risiko, und darum kann man diejenigen verzeihen, die heute noch jeden Vertrag mit Sowjetrußland ablehnen; aber Rußland braucht fremde Hilfe, jedes europäische Land ist bereit, dieses Risiko einzugehen, und so kann Deutschland nicht beiseite stehen, wenn es nicht an die Wand gedrückt werden will. Zudem liegt es im russischen Interesse, an Abmachungen mit Deutschland zu kommen, da unsere Salutarverhältnisse, unter Reichtum an Technikern und Facharbeitern und unsere in langjährigem wirtschaftlichen Zusammenarbeiten mit Rußland gewonnene Kenntnis des Landes uns zur Aufbauteile in erster Linie berufen erscheinen lassen. Die russischen Unterhändler sollen das in Berlin auch mehrfach betont haben. Zwei Wege sind es, die für unsere Diplomatie in Frage kommen: die Teilnahme an dem „internationalen Syndikat“ für den Wiederaufbau, dessen Grundzüge nach den Londoner Verhandlungen jetzt bereits zu erkennen sind, und der Weg, auf Grund des Wirtschaftskonjunktur als privatisierungswirtschaftlichen Abmachungen, an russischen Konzeptionen für deutsche Unternehmungen, zur Sicherung von industriellen Erzeugnissen und zur Stellung von deutschen Arbeitsorganisatoren zu kommen. In dem Wirtschaftskonjunktur erblickt die Sowjetregierung mit Recht eine große Gefahr, da es vermutlich darauf ausgehen wird, in Rußland monopolartige Konzeptionen für die verschiedensten Wirtschaftszweige, für Bergbau, Holz- und Rohstoff-Industrie, für Verkehrsunternehmen zu erlangen, durch die die Sowjetregierung die Kontrolle über seine Wirtschaftsbeziehungen verlieren könnte. Die Sowjets fürchten bei einer derartigen Machtstellung des internationalen Kapitals nicht nur für ihren Bestand, sondern ebensosehr die Ausbeutung Rußlands auf Kosten seines Wiederaufbaues. Diese Gefahren weisen die russische Regierung auf den Weg der Sonderabmachungen, der auch für Deutschland der erstrebenswertere ist. Wenn es auch für uns sehr schmeichelhaft ist, daß wir in bezug auf die Kapitalaufbringung für das Wirtschaftskonjunktur den wirtschaftlich stärksten Nationen gleichgestellt werden sollen, so ist es doch klar, daß wir mit unserer verflauten Wirtschaft in dieser Organisation keine finanzielle Macht darstellen würden, daß wir uns mit den Brosamen der Entente begnügen und mit den am wenigsten lohnenden Konzeptionen zufriedengeben müßten, die uns der bekannte „gute Wille“ der Entente zukommen wird. Zudem

Die englische Kabinettskrise.

London, 6. März. „Daily Chronicle“ bezeichnet die Lage noch als ernst. Ein Kabinettsrat ist für heute einberufen. Im Falle des Rücktritts Lloyd Georges würde zunächst Chamberlain für die Bildung des Kabinetts in Betracht kommen. (W. Z. B.)

London, 6. März. Wie Neuter erfährt, wird Balfour in seiner morgigen mit Spannung erwarteten Rede Lloyd Georges Beschluß hinsichtlich der Kabinettskrise bekanntgeben. Bisher ist Lloyd George noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung gekommen. Es besteht daher noch die Möglichkeit, daß er in Kürze zurücktreten wird. Chamberlain und andere Führer der Konservativen haben bisher keine befriedigende Formel zu finden vermocht, die eine loyale Haltung des rechten Flügels der Konservativen gegenüber Lloyd Georges gewährleistet. Die Neuter erfährt, ist Lloyd George darauf bedacht, alle Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen, die die bevorstehenden großen internationalen Konferenzen, deren Liefer er ist, bieten können. Es ist daher möglich, daß er sich dazu bestimmen läßt, noch einen oder zwei Monate im Amte zu bleiben und auf diese Weise den Bedürfnissen der Stunde für den Wiederaufbau Europas den Vorrang vor seinen persönlichen Wünschen gibt. (W. Z. B.)

London, 6. März. Lloyd George ist gestern Abend von Chequers nach Downing Street zurückgekehrt. Nach seiner Ankunft sprach Birkenhead und Churchill bei ihm vor und hatten eine etwa einstündige Besprechung mit ihm. Gestern Abend sprach der Premierminister eine Anzahl seiner konservativen Kollegen auf einem Fest bei Birkenhead. Hierbei wurde die Frage der Erhaltung Lloyd Georges an der Spitze der Regierung erörtert. Anwesend waren Chamberlain, Curzon, Balfour, Dorne und Evans. Nach dem parlamentarischen Berichterstatter des „Birmingham Telegraph“ kann angenommen werden, daß der Zweck der gestrigen Zusammenkunft der britischen Minister war, Mittel zu finden, um die Koalition aufricht zu erhalten. Es seien Ansuchen des Premierministers gehört worden, die von den konservativen Ministern bezüglich der Unterstützung der Regierung durch die Konservativen gegebenen Versicherungen entgegenkommen. (W. Z. B.)

„Erkrankung“ Lloyd Georges.

London, 6. März. Chamberlain teilte heute nachmittag im Unterhause mit, daß Lloyd George wegen einer starken Erkältung an seine Wohnung geschickt sei. Die Mütter melden, Lloyd George leide an Bronchialkatarrh und sei daher nicht in der Lage gewesen, an der Kabinettsitzung heute vormittag teilzunehmen. Er habe auf ärztlichen Rat hin beschlossen, einen sofortigen Erholungsurlaub anzutreten und werde sich morgen oder Mittwoch nach Riccieth begeben. (W. Z. B.)

Die Hoffnung der Regierung auf ein Moratorium.

Einiger Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“
Berlin, 6. März. Augenblicklich finden in Paris die Finanzberatungen statt. Von maßgebender parlamentarischer sachverständiger Seite werden wir aus diesem Anlaß darauf hingewiesen, daß das Sachleistungsabkommen deshalb so schnell getroffen worden ist, damit es die Reparationskommission bei der Festsetzung der deutschen Zahlungen im März 1922 dahin beeinflussen soll, Deutschland das Moratorium zu bewilligen. Die Hoffnung der deutschen Regierung geht immer noch dahin, das Moratorium zu erhalten. Es ist auch wahrscheinlich, daß wir ein Teilmoratorium erlangen, jedoch die Teilzahlungen so hoch festgesetzt werden, daß im Endeffekt ein Entgegenkommen hieraus nicht zu erleben ist.

Dr. Hermes und die Gewerkschaftsvertreter.

Berlin, 6. März. Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat zu Donnerstag die Gewerkschaftsvertreter zu einer vertraulichen Besprechung über die Zwangsankette eingeladen. Er hat für diese Besprechung, wie von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, den Gewerkschaftsvertretern einen Fragebogen überhandt, der bis in Einzelheiten die Wiedergabe der Ansichten der Gewerkschaftler verlangt. Wie weiter mitgeteilt wird, besteht aber in Gewerkschaftskreisen nicht durchweg die Meinung, an der Besprechung über die Zwangsankette mit dem Minister sich zu beteiligen. Führende Gewerkschaftler sollen bereits die Absicht bekundet haben, der Sitzung mit dem Reichsfinanzminister fernzubleiben.

Die innerpolitische Haltung der Mehrheitssozialisten.

Augsburg, 6. März. Aus dem mehrheitlich sozialistischen Parteitag in Augsburg sprach gestern u. a. der frühere Reichstagsabgeordnete Hermann Müller-Franken und erklärte über die innerpolitische Haltung der Partei, daß die Mehrheitssozialdemokratie an der bisherigen Koalition festhalten werde, solange sie es könne. Sollte diese Koalition infolge der neuen Steuererhöhungen und durch das Verhalten der Deutschen Volkspartei zu Falle kommen, so würde das vor allem auch im Interesse der Arbeiterklasse zu bedauern sein.

Eingreifen der italienischen Regierung in Triume.

Rom, 6. März. Generalkommissar Castell wurde nach Triume geschickt mit dem Auftrag, unbedingt Ordnung zu schaffen. Es wird als durchaus unrichtig bezeichnet, daß die Regierung die Beschlüsse des revolutionären Volkskongresses gebilligt hätte. Der Regierung ist nur darum zu tun, die Angelegenheit so schnell wie möglich gemäß der Verträge und der bestehenden Abmachungen zu schließen.